



Großer Erfolg der GdP für die Polizei

Aufgrund der durch die GdP erzielten Erfolge gibt es zahlreiche Neueintritte bei der GdP und wir erhalten etliche Mails und Briefe von Kolleginnen und Kollegen, die sich für das Engagement und für die Verbesserungen bedanken.

Das freut uns sehr. Wir sagen aber auch, dass dies nur ein Zwischenschritt sein kann, weitere Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung sind notwendig und wir werden die Politik fortdauernd fordern.

Es gibt immer wieder Fragen, ob sich der Schritt hin zur Heilfürsorge lohnt. Die GdP hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass jede und jeder Einzelne diesen Schritt konkret bedenken und bewerten muss. Die GdP war und ist der festen Überzeugung, dass sich ein Wechsel in den weit überwiegenden Fällen finanziell rechnet. Dies bestätigt konkret der 25-jährige Tim Holzhausen aus dem ESD der PI Goslar. Er hat den Wechsel von seiner privaten Krankenversicherung zur Heilfürsorge durchgeführt und uns mitgeteilt, dass er dadurch ohne Leistungseinschränkungen 120 Euro monatlich mehr zur Verfügung hat. Insgesamt hat er also pro Jahr 1440 Euro mehr in der Geldbörse, eine schöne Summe.

Das war auch das Ziel der langjährigen Aktivität der GdP.

Dietmar Schilff

Eure Verbesserungen im Jahr 2017

Wir tun was - für EUCH!

1000 zusätzliche Stellen für die Polizei darunter auch Verwaltung und Tarif

1000 zusätzliche Beförderungen für die Polizei im nächsten Jahr

Erhöhung Dienst zu ungünstigen Zeiten

Erhöhung Zulage für Spezialeinheiten

Wiedereinführung der Heilfürsorge

Senkung des Eigenanteils bei der Heilfürsorge auf 1,3%

4,5 Millionen Euro für Ausrüstung und Kommunikation

„Die Ergebnisse beruhen im Wesentlichen auf Forderungen der GdP und der kritischen und konstruktiven Gespräche mit der GdP“, so die Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder (SPD) und Anja Piel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bei der Vorstellung der geplanten Maßnahmen für die Polizei am 29.11.16.

Der polizeipolitische Sprecher der SPD-Fraktion Karsten Becker im Landtag am 13.12.16:

„Die Verbesserungen für die Polizei fußen unter anderem auf gute Gespräche mit den Polizeibeschäftigten...insbesondere mit der GdP.“

Jetzt Mitglied werden!

Mitgliedsanträge bei Euren Kreis- und Bezirksgruppen oder online beitreten unter www.gdp.de



Gewerkschaft der Polizei

Niedersachsen



Tim Holzhausen dankt der GdP für ihr Engagement und die erzielten finanziellen Verbesserungen.

Foto: privat



Sozialpolitik vs. Innenpolitik?

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die übernächste Ausgabe bis 4/2017 bis zum 28. Februar 2017.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion

GEMEINSAM STARK
für deine Zukunft!



www.gdp.de/niedersachsen

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Berkhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Christopher Finck
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berkhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

Der Niedersächsische Landtag hatte im Dezember 2016 den Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 zu diskutieren und beschloss die Haushaltsgesetze. Auch die Haushaltsreden für die jeweiligen Ministerinnen und Minister wurden vorbereitet. Die Tagesordnung des Landtags sah vor, dass folgende Haushaltsschwerpunkte beraten werden sollten: Soziales, Inneres, Umwelt, Energie, Klimaschutz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien- und Regionalentwicklung. Die Tagesordnung legt der Ältestenrat des Landtags fest. Warum kam aber Soziales zuerst und erst nach dieser Beratung folgte der Haushalt für das Innere? Könnte eine Logik dahinterstehen?

Die Sozialpolitik besteht einerseits aus Arbeitsmarktregulierungen und richtet sich andererseits an Institutionen, die zur sozialen Sicherung eines nennenswerten Teils der (Erwerbs-) Bevölkerung beitragen sollen. Etwas konkreter formuliert: Die Sozialpolitik soll viele Lebensrisiken der abhängig Beschäftigten verhindern, mindern und insbesondere bei Krankheit, Alter, Unfall, Arbeitslosigkeit, Armut und – relativ neu – auch bei Pflegebedürftigkeit helfen und die Existenz sichern.

Innenpolitik – Quo Vadis?

Zur Innenpolitik gehören die Bereiche der öffentlichen Sicherheit, des Staatsangehörigkeitsrechts, des Ausländerrechts, des Wahlrechts, des Melderechts und des Personen-

standsrechts. Das Innenressort hat auch die Auffangzuständigkeit für alle Fragen, die nicht klar einem anderen Ministerium zugeordnet sind. Auf Länderebene verantworten die Innenministerien Polizei und den Landesverfassungsschutz. Gefahrenabwehr ist in Niedersachsen sowohl den Kommunen als auch dem Land zugewiesen und die Kriminalitätsbekämpfung obliegt allein dem Land. Innenpolitik ist insofern schon immer mehr gewesen als es sich nur auf eine Polizeipolitik reduzieren lies.

Sowohl in der Haushaltsrede der Sozialministerin als auch in dem Beitrag des Innenministers fiel häufig der Begriff *Prävention* oder auch *Vorbeugen*. „Vorbeugen ist besser als heilen!“ Der Satz ist in der Medizin seit Langem eine empirisch belegte Einsicht, in der Sozialpolitik ist seine Verwirklichung ein Hauptanliegen moderner Sozialreformen. Diesen Satz stellte der frühere Landgerichtsdirektor am Landgericht Braunschweig und spätere hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer an den Anfang seiner Darstellung der Theorien der Verbrechensbekämpfung.¹ Bauer verwies auf den Strafrechtswissenschaftler *Franz v. Liszt* und auf die kritische Äußerung des Vorkämpfers für eine Humanisierung des Strafrechts, den früheren sozialdemokratischen Justizminister *Gustav Radbruch*, es sei demnach des Strafrechts fragwürdige Aufgabe, gegen den Verbrecher nachzuholen, was die Sozialpolitik für ihn zu tun versäumt habe.² Es ist eine gesicherte wissenschaftliche Einsicht, dass Kriminalität nicht nur mit der individuellen Motivation für abweichendes Verhalten einhergeht, sondern auch ist die soziale Situation der

Dr. Hans-Joachim Heuer (60 Jahre) trat 1972 in den niedersächsischen Polizeivollzugsdienst ein und studierte ab 1984 an der Universität Hannover den Studiengang Recht- und Sozialwissenschaften. Ab 1990 lehrte er als Dozent an der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden im Fachbereich Polizei. Später wurde er Fachbereichsleiter für Sozialwissenschaften an der Polizei-Führungsakademie, bevor er 2001 als Verwaltungsleiter der Polizeidirektion und der Zentralen Polizeidirektion nach Hannover zurückkehrte. Er gründete u. a. die Polizeiakademie Niedersachsen mit und war dort von 2006 bis 2008 als Abteilungsleiter beschäftigt. Nach einer fünfjährigen Verwendung als Referent im Innen- und Sozialministerium (2009 bis 2014), arbeitet Heuer seit 2015 als Abteilungsleiter im Sozialministerium. Heuer ist seit 1995 Mitglied der GdP.



GASTBEITRAG

Menschen für abweichendes Verhalten verantwortlich.

Bei großen sozialen Ungleichheiten (etwa beim Einkommen, bei der Bildung) ist die Kriminalität entsprechend höher.

Sozialere Gesellschaft führt zu mehr Sicherheit

Schichten mit weniger Einkommen und Bildung sind demnach risikoanfälliger für Kriminalität. Stefan Hradil hat als Sozialstrukturanalytiker u. a. festgestellt, dass manche Befunde dafür sprechen, dass vor allem jüngere Mitglieder unterer Schichten sich häufiger die begehrten Güter illegal verschaffen, deren Erwerb ihnen legal nicht möglich ist. Grundsätzlich ist daher zu fragen, wie die „sozialen Umstände“ in Deutschland aussehen? Ein Verharren der Armutsquote in Deutschland auf hohem Niveau beklagt zum Beispiel der Paritätische Wohlfahrtsver-



Mehr Sicherheit durch mehr soziale Gerechtigkeit, Dr. Hans-Joachim Heuer

Foto: privat

band in seinem aktuellen Armutsbericht. Dort ist insbesondere die Kinderarmut beschrieben, die Risikogruppe der Alleinerziehenden wird genannt und die prekären Arbeitsverhältnisse werden analysiert, wo das Einkommen nicht zum Auskommen reicht. Auch wird in regelmäßigen Abständen der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Der aktuelle Bericht befindet sich noch in der

Ressortabstimmung in Berlin und soll im Frühjahr 2017 veröffentlicht werden.

Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen hat im letzten Jahr festgestellt, dass die Quote der von Armut bedrohten Menschen gestiegen ist. Gleichzeitig gibt es immer mehr Flüchtlinge, die Arbeit suchen. Sozialverbände und Gewerkschaften plädieren für mehr staatlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. In einer Erklärung der Landesarmutskonferenz in Niedersachsen heißt es u. a.: „Globale Armut produziert Migration. (...) Viele Menschen haben aber zugleich auch Sorgen und Ängste; sie befürchten eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. (...) Die soziale Ungleichheit hat in den letzten 25 Jahren erheblich zugenommen. Die Spaltung unserer Gesellschaft verläuft aber nicht zwischen Flüchtlingen und Einheimischen, sie verläuft zwischen Arm und Reich.“

Die Sozialpolitik in Niedersachsen reagiert auf diese Situation, wie in der Landtagssitzung im letzten Dezember deutlich wurde. Hier nur ein Ausschnitt der aktuellen Planungen: Bereits im vorletzten Jahr wurden Mittel für den sozialen Wohnungsbau um weitere 400 Mio. Euro Fördermittel aufgestockt, und die Fördermittel sind sehr gut in Anspruch genommen worden. Der Bund wird für die Jahre 2017 und 2018 nun noch einmal 46,6 Mio. Euro jährlich aufsatteln. In den Jahren 2017 und 2018 werden je 10 Mio. Euro für Projekte gegen Langzeitarbeitslosigkeit in den Haushalten von Wirtschafts- und Sozialministerium zur Verfügung gestellt. Denn trotz guter Wirtschaftslage, trotz deutlichem Rückgang der Arbeitslosigkeit und trotz Fachkräftemangel können nach wie vor viele langfristig Erwerbslose nicht von dem positiven Beschäftigungstrend profitieren.

Mehr Förderung im sozialen Bereich

Gemeinsam mit anderen Zuständigen wird das Sozialministerium flächendeckend Projekte auflegen und öffentliche Beschäftigung fördern. Das Land fördert deshalb auch die Beratung von Migrantinnen und Migranten im Rahmen der Flüchtlingssozialarbeit sowie die allgemeine Integrationsberatung. Die finanzielle Ausstattung für 2017 und 2018 sieht

dazu jährlich 10,825 Mio. Euro vor. Wenn die Sozialpolitik es wirklich schafft, viele Ungleichheiten in der Gesellschaft zu reduzieren, sich auch in erster Linie den wirklich Bedürftigen zuwendet und diese ausdrücklich fördert, schafft es auch Bedingungen, dass davon die Innen- und Polizeipolitik profitiert. Dann hat Radbruch Recht und es erklärt auch die Logik der Tagesordnung in den letzten Haushaltsberatungen.

Dr. Hans-Joachim Heuer

PENSIONIERUNG

Marion Dix in Ruhestand verabschiedet

Am 28. 11. 2016 wurde Marion Dix in der Lister Gaststätte „Die Fidel“ in den Ruhestand verabschiedet. Landespolizeipräsident Uwe Binias, der PP aus Hannover, Volker Kluwe, sowie der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff gingen in ihren Reden vor den ca. 100 Gästen, die der Einladung von Marion Dix gefolgt waren, auf ihre vielfältigen, herausragenden dienstlichen und gewerkschaftlichen Tätigkeiten ein, bevor sie selber ein kurzes Resümee ihrer langen Dienstzeit zog.

Ein Höhepunkt kurz vor Ende ihres beruflichen Werdeganges war die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an sie.



Landespolizeipräsident Binias verabschiedet Marion Dix. Foto: Hülya Koc

Die GdP dankt Marion Dix für ihr jahrelanges gewerkschaftliches Engagement in unterschiedlichen Funktionen und wünscht ihr einen gesunden und aktiven Ruhestand.



Tarifverhandlungen 2017:

„Die Gehaltserhöhung bekomme ich doch vom Arbeitgeber“!?

Diese Aussage war die eklatanteste, die mir in der letzten Zeit zu diesem Thema entgegengehalten wurde. Andere setzten sich kritisch mit den Forderungen und den dann manchmal enttäuschenden Ergebnissen der Tarifverhandlungen auseinander. Mit diesem Artikel möchte ich dazu beitragen, die Abläufe von Tarifverhandlungen transparent und verständlich darzustellen.

Woran liegt es, wenn Tarifbeschäftigten nicht bewusst ist, dass es keinen Automatismus bei der Anpassung der Bezüge gibt? Haben wir Gewerkschaften und Gewerkschafter nicht genug informiert? Ist es eine generelle Unwissenheit über die Abläufe oder gehörte mein Gesprächspartner zu den einigen wenigen, die sich nicht für Arbeitnehmerfragen – und damit ihre ureigensten Angelegenheiten – interessieren? Doch genug der Fragezeichen. Als Beispiel zur Verdeutlichung der Zusammenhänge dient die im 1. Quartal 2017 stattfindende Tarifrunde der Länder.

Bereits im Vorfeld der eigentlichen Tarifverhandlungen wird der Grundstein für die späteren Verhandlungspositionen gelegt.

Die Basis bildet die Formulierung der Gehaltsforderung. Idealerweise wurde bereits auf Kreis- und Bezirkebene mit den Gewerkschaftsmitgliedern darüber gesprochen, welche Erwartungen sie haben und welche Prioritäten sie setzen. Diese Erkenntnisse konnten die Mitglieder der Tarifkommission der GdP Niedersachsen mit in die Kommissionssitzung nehmen, die bereits Mitte November 2016 stattfand. Dort diskutierten die Vertreter/-innen aus den Bezirken auf dieser Grundlage und den vorliegenden Wirtschaftsdaten, die prozentuale Höhe der Tarifforderung. Dabei fließen auch wichtige Fragen, wie zum Beispiel die Forderung einer sozialen Komponente, Fra-

gen der Entgeltordnung und des Manteltarifvertrages, in die Ergebnisfindung mit ein. Genauso wichtig war der Tarifkommission, wie auch schon in der Vergangenheit, die zeit- und inhaltsgleiche Einbeziehung der niedersächsischen Beamtinnen und Beamten in den Forderungskatalog. Mit dem Ergebnis der Tarifkommission Niedersachsen gehen die niedersächsischen Vertreter/-innen, der Vorsitzende der Tarifkommission Gustav Volk, sein Stellvertreter Andreas

– Auseinanderziehen der Entgeltgruppe 9 in zwei Entgeltgruppen (beispielsweise im TVÖD bezeichnet mit Entgeltgruppe 9a und Entgeltgruppe 9b, wodurch die Stufenlaufzeiten in der EG 9 – klein – verkürzt würden,

– Einführung der Stufe 6 für alle Entgeltgruppen.

Ein dritter Schritt ist der Abgleich und die Einigung auf eine gemeinsame Forderung mit den anderen betroffenen Gewerkschaften. In diesem Fall zwischen Verdi, GEW, GdP und der IG BAU. Am 12. Dezember 2016 trafen sich Vertreter/-innen dieser DGB-Gewerkschaften und traten dann mit einer prozentualen Forderung von 6% im Gesamtvolumen, mit einer sozialen Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages sowie der Einführung der Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 und der Forderung nach strukturellen Verbesserungen in der Eingruppierung, vor die Presse. Der auszuhandelnde Tarifvertrag soll eine Laufzeit von zwölf Monaten haben.



Vertritt Niedersachsen bei den Tarifverhandlungen 2017: Elke Gündner-Ede

Foto: GdP

Kauf, der Landesvorsitzende Dietmar Schilff und die im Landesvorstand für Tarif zuständige Elke Gündner-Ede in die nächste Runde.

Dieses war die am 12. Dezember 2016 durchgeführte Sitzung der Bundestarifkommission der GdP in Berlin. Dort trafen sich Vertreter/-innen der GdP aus allen Bundesländern, um die in ihren Bereichen erarbeiteten Forderungen zu einer gemeinsamen Forderung der GdP zusammenzuführen. Aufgrund der unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen ein immer wieder schwieriges und zeitaufwendiges Unterfangen, welches Kompromissbereitschaft erfordert. Neben den monetären Forderungen legte die Bundestarifkommission viel Wert darauf, dass in dieser Tarifrunde insbesondere auch Angleichungen an den TVÖD ausgehandelt werden müssen. Hierbei sind insbesondere folgende Punkte diskutiert worden:

– stufengleichen Aufstiege bei Höhergruppierungen

Was passiert zu Jahresbeginn 2017

Jetzt sind die Verhandlungskommissionen gefragt. Im Vorfeld haben Arbeitgeber und Gewerkschaften vereinbart, in drei Verhandlungsrunden einen Tarifabschluss zu erreichen.

Somit werden sie am 18. Januar 2017 die erste Runde „eingeläutet“ haben. Wie aus vorhergehenden Tarifrunden bekannt, wird es ein erstes „beschnuppern“ und ausloten der unterschiedlichen Positionen geben. Auf Arbeitgeberseite gibt es aber auch eine personelle Veränderung. Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ist erstmals der niedersächsische Finanzminister Peter-Jürgen Schneider. Wenn es nach dem bekanntesten Schema geht, ist dieser Teil der Verhandlungen kurz.

Interessanter wird schon die 2. Verhandlungsrunde am 30. und 31. Januar



KOMMENTAR VON ELKE GÜNDER-EDE

2017. Hier geht es ans „Eingemachte“ und die Verhandlungskommissionen bekommen schon einiges zu tun. Erste Vorschläge werden berechnet, es wird abgewogen und die „Claims werden abgesteckt“.

Und spätestens ab jetzt kommen die Gewerkschaftsmitglieder ins Spiel. Denn jetzt wird darauf geschaut, wie mächtig die Gewerkschaften sind und ob die Mitglieder hinter den Forderungen ihrer Gewerkschaften stehen. Demonstrationen, „aktive“ Mittagspausen, Warnstreiks oder sogar Streiks geben der Gewerkschaftsseite für die Verhandlungen nur Schub, wenn sich viele Kolleginnen und Kollegen einreihen. Die Arbeitgeberseite achtet akribisch

darauf, wieviel Potenzial die Gewerkschaften aufbringen können. Der viel gehörte Satz „geh' du doch mal, du bist schließlich Funktionär/-in – ich habe keine Zeit“ ist fatal und setzt ein falsches Signal.

**Dritte Verhandlungsrunde
Mitte Februar**

Die 3. Verhandlungsrunde ist für den 16. und 17. Februar 2017 vorgesehen. In den meisten Fällen ist das die „Entscheidungsrunde“. Neben den Verhandlungskommissionen sind jetzt auch wieder die Bundestarifkommissionen vor Ort, um Zwischenergebnisse zu diskutieren, den Verhandlungskommissionen ein

Feedback zu geben und, wenn alles gutgeht, über ein Angebot der Arbeitgeberseite abzustimmen. Auch in dieser Phase ist es für die Gewerkschaften wichtig zu wissen, dass die Mitglieder hinter ihnen stehen.

Wir werden sehen, wie diese Tarifverhandlungen laufen werden. Eines kann man schon feststellen, es wird wieder einmal nicht leicht werden, die berechtigten Forderungen unserer Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen. Wir haben gute Argumente – wenn ihr sie durch eure Bereitschaft und Engagement unterstützt, sollte es gelingen.

Darum – gemeinsam sind wir stark – Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte!

Elke Günder-Ede**RENTE MUSS REICHEN****DGB-Stadtbahn wirbt für Kurswechsel
in der Rentenpolitik**

„Die gesetzliche Rente stärken!“ – mit diesem Slogan beklebt, fährt ab dem 19. Dezember eine Stadtbahn für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) durch Hannover. Die Bahn wird bis zur Bundestagswahl im nächsten Jahr in der Stadt zu sehen sein. Der DGB macht so darauf aufmerksam, worauf es bei der Rentenpolitik ankommt.

In Niedersachsen erhalten Männer durchschnittlich 1105 Euro Altersrente. Inflationsbereinigt liegt die Rente somit rund 71 Euro niedriger als 2005. Frauen erhalten derzeit durchschnittlich 575 Euro Altersrente, damit liegen sie deutlich unter der Armutgefährdungsschwelle für Ein-Personen-Haushalte in Niedersachsen von derzeit 930 Euro. Die Folge ist steigende Altersarmut: In den letzten zehn Jahren ist die Armutgefährdungsquote von niedersächsischen Rentner/-innen und Pensionär/-innen von 11,6 auf 17,2 Prozent gestiegen. Für den Kurswechsel warb auch der GdP-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schilff. Hartmut Tölle, Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, sagte:

„Wir wollen die gesetzliche Rente stärken. Das Rentenniveau muss zünftig bei 48 Prozent stabilisiert und in einem weiteren Schritt angehoben werden. Die Politik muss jetzt die Weichen für einen Kurswechsel richtig stellen. Die Rentenreformen der

letzten zehn Jahre haben die derzeitigen Probleme in der Rente geschaffen. Nur eine starke, solidarische gesetzliche Rente bietet eine sichere Altersversorgung. Dafür werden wir Gewerkschaften uns einsetzen.“

Kolbeck-Landau

Von links nach rechts: Reiner Effer (DGB Hannover), Wilhelm Lindenberg (üstra), Hartmut Tölle (DGB), Dietmar Schilff (GdP)





Neuseeland – auf den Spuren der Hobbits

23. Oktober bis 10. November 2017

GdP-Sondergruppenreise

Es gibt viele Gründe, Neuseeland zu bereisen! Atemberaubende Landschaften wie das Fjordland und das alpine Hochgebirge. Eine einzigartige Tier- und Pflanzenwelt. Die faszinierende Kultur der Maori.

Preis pro Person
im Doppelzimmer **ab 5.495,- €**
EZ-Zuschlag **1.030,- €**

Optionale Leistungen ohne Reiseleitung
(keine Mindestteilnehmerzahl)
Dart River Jetboat Safari (8. Tag) **150,- €**
Hangi & Concert (14. Tag) **85,- €**

Badeverlängerung Bali im Mercure Resort Sanur
p. P. im Doppelzimmer **ab 865,- €**
EZ-Zuschlag **345,- €**

Reiseverlauf

- 1. Tag Zug zum Flug zum Flughafen Frankfurt, Flug nach Singapur
- 2. Tag Singapur
- 3. Tag Singapur – Christchurch
- 4. bis 8. Tag Christchurch – Dunedin – Te Anau – Milford Sound – Queenstown
- 9. bis 10. Tag Queenstown – Fox Gletscher – Greymouth
- 11. bis 17. Tag Nelson – Wellington – Rotorua – Auckland
- 18. Tag Heimreise oder Badeverlängerung Bali im Mercure Resort Sanur

Leistungen, die überzeugen

- Zug zum Flug 2. Klasse
- Flüge mit Singapore Airlines von Frankfurt über Singapur (Stopover) nach Christchurch und zurück von Auckland über Singapur nach Frankfurt in der Economy-Class
- Luftverkehrssteuern, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- 15 Übernachtungen in Mittelklassehotels
- 15 x Frühstück, 1 x Mittagessen, 1 x Abendessen
- Transfers, Besichtigungen und Überlandfahrten in Neuseeland
- Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- Eintrittsgelder und Nationalparkgebühren (ca. 590 € p.P.)
- Deutsch sprechende Reiseleitung in Singapur
- Örtlicher, Deutsch sprechender Guide plus Englisch sprechender Fahrer
- Umfangreiche Gebeco-Reiseinformationen
- Ausgewählte Reiseliteratur
- GdP-Reisebegleitung

Badeverlängerung Bali

- Flüge mit Singapore Airlines von Singapur nach Bali und zurück in der Economy-Class
- Aktuelle Kerosinzuschläge, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- 5 Übernachtungen im Mercure Resort Sanur
- 5 x Frühstück
- Transfers Flughafen – Hotel – Flughafen

Nicht inkludierte Leistungen

- Persönliche Ausgaben und Trinkgelder
- Versicherungen
- Nicht aufgeführte Mahlzeiten und Getränke zu den Mahlzeiten



Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Touristik
Berckhusenstraße 133 a
30625 Hannover

Tel. 05 11 - 53 03 810
Fax 05 11 - 53 03 850

service@gdpservice.de

www.gdpservice.de

Hinweis:

Es gelten Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel. Mindestteilnehmerzahl für die Gruppenreise: 20 Personen. Badeverlängerung Bali: 2 Personen. Reiseverlauf gilt vorbehaltlich Verfügbarkeit. Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten

Fotos: Gebeco • Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG • Es gelten die Gebeco-Reisebedingungen und Hinweise



GdP AKTUELL

Vereidigung von 1.106 Anwärter/-innen

In einem Festakt vor ca. 3.000 Gästen und Familienangehörigen wurden am 13. 1. 2017 in der Swiss-Life-Hall in Hannover 1.106 junge Kolleginnen und Kollegen vereidigt. Die GdP gratuliert diesen ganz herzlich und wünscht Ihnen eine erfüllte berufliche Zukunft. Vertreten wurde die GdP durch den Landesvorsitzenden Dietmar Schilff.



Vereidigung durch den Innenminister Boris Pistorius.

Foto: DS

Klausurtagung 2017

Anlässlich einer Klausurtagung am 4./5. 1. 2017, bei der der geschäftsführende Vorstand unter anderem die Schwerpunkte für das Jahr 2017 diskutiert hat, ist es auch zu einem Austausch mit dem Präsidenten und der Personalvertretung der PD Osnabrück gekommen. GdP-Vorsitzender Dietmar Schilff hatte die Personalräte Helen Sievers und Georg Linke sowie den Präsidenten Bernhard Witthaut gebeten, dem GsV die aktuellen Probleme in Osnabrück darzustellen.



Petra Franzen, Martin Hellweg, Bernhard Witthaut und Dietmar Schilff gemeinsam im Gespräch.

Foto: JH

PENSIONIERUNG

Goodbye Ben

Mit Ablauf des Monats Dezember 2016 wurde Bernhard (Ben) Wulf in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Vielen ist Ben besonders aus seiner Funktion als langjähriger Vorsitzender des Bezirkspersonalrates der Polizeidirektion Osnabrück und als Mitglied des GdP Landesvorstandes bekannt. In einer kleinen Feierstunde mit seiner Familie und Weggefährten im Sitzungssaal der PD Osnabrück gingen der Osnabrücker Polizeipräsident Bernhard Witthaut, der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff sowie die Vorsitzende des Bezirkspersonalrates Helen Sievers auf die Arbeit von Ben Wulf im Polizeidienst, im Personalrat und in der Gewerkschaft der Polizei ein.

In einem kurzen Rückblick auf seine lange Dienstzeit sagte der Jungpensionär, dass er keinen Tag bei der Polizei bereuen würde, insbesondere, weil er so tolle Menschen kennenlernen konnte und der Beruf so vielschichtig ist.

Gustav Volk



Polizeipräsident Bernhard Witthaut verabschiedete Bernhard Wulf in den wohlverdienten Ruhestand.

Foto: GdP



Berichte

Seniorenweihnachtsfeier der PD Hannover

Am 13. 12. trafen sich 40 Senioren und Seniorinnen der PD Hannover letztmalig zu der traditionellen Weihnachtsfeier in der Schmiede, denn diese Begegnungsstätte kann in Zukunft nicht mehr genutzt werden.

Die Bezirksgruppenvorsitzende Marita Vehrenkamp zog eine kurze Jahresbilanz über die gute Seniorenarbeit innerhalb der Bezirksgruppe und versprach, im nächsten Jahr öfter anwesend zu sein. Danach gab es Kaffee und Kuchen und es wurde viel über die schönen Treffen in der Schmiede erzählt. Die noch vorhandenen Getränke der kleinen Lokalität wurden auch noch verzehrt, ehe man sich auf den Heimweg machte.

Zum Schluss wurde dem Kollegen Burkhard Lange durch den Seniorenvorsitzenden Horst Duba ein Dank für jahrelange gute Bewirtung ausgesprochen und ein kleines Geschenk überreicht. In Zukunft treffen sich die Seniorinnen und Senioren der PD Hannover an jedem 2. Dienstag im Monat um 15.30 Uhr bei der Bundespolizei, Möckernstraße 30.

Rudolf Refinger

KG Harburg besucht ehemaliges Wasserschutzpolizeiboot

„Leinen los“ hieß es Anfang Oktober für 20 Mitglieder der Kreisgruppe Harburg und Familienangehörige. Kreisgruppenvorsitzender Hans-Ulrich Koch hatte einen besonderen Ausflug für die Mitglieder geplant. Über den „Verein für ehemalige Wasserschutzpolizeibarkassen e.V.“ aus Hamburg konnte die Gruppe mit der Barkasse „Alfred Wachholz“, ehemals unter dem Rufnamen „ELBE 27“ im Einsatz, einen zweistündigen Ausflug durch die Geschichte des Bootes und den Hamburger Hafen unternehmen.

Das Boot war von 1959 – 1992 im Dienst der Hamburger Wasserschutzpolizei. Seit seiner „Pensionierung“ wird das Schiff vom Verein betriebsbereit gehalten und unter dem Namen „Alfred Wachholz“ für Museumsstreifenfahrten oder auch für Filmaufnahmen eingesetzt.

Besonderen Charme bekam der Ausflug dadurch, dass neben Mitgliedern aus dem zivilen maritimen Bereich auch Pensionäre, die auf diesem Boot ihre Ausbildung gemacht hatten, als Bootsführer die Tour begleiteten. So sorgte manche Anekdote aus der Historie der Wasserschutzpolizei für Lacher an Bord.

Mit der „Alfred Wachholz“ besuchten die Teilnehmer auch Teile des Hafens, die auf den üblichen Hafendurchfahrten nicht durchfahren werden.

So war es auch für die Kreisgruppenmitglieder aus Harburg, die quasi Nachbarn der großen Hafenstadt sind, ein besonderes Vergnügen, den Hafen einmal aus einer ganz anderen Perspektive kennenzulernen.

Hans Ulrich Koch

Termine

JHV der KG Goslar am 16. 2. 2017

Die GdP-Kreisgruppe Goslar lädt ihre Mitglieder zur Jahreshauptversammlung ein, die aufgrund von Termenschwierigkeiten verschoben werden muss und folglich am Donnerstag, 16. 2. 2017, um 15.30 Uhr in der Aula der Polizeiinspektion Goslar stattfinden wird. Im Anschluss wird es ein gemeinsames Essen geben. Um Anmeldungen wird gebeten bei Jörg „Jockel“ Homann, Tel.: 0 53 21/3 39-4 00.

Ulrich Munschke

JHV der KG Cuxhaven am 15. 2. 2017

Am 15. 2. 2017 um 16 Uhr findet die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Cuxhaven in den Räumlichkeiten der Berufsfeuerwehr Cuxhaven statt. Hierzu lädt der Vorstand alle Mitglieder herzlich ein.

Der Vorstand würde sich über eine rege Teilnahme sehr freuen.

René Reisner

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Block, Heinrich, 30. 1. 1934
Krs.-Gr. Bepo Hannover

Bopp, Gustav, 16. 4. 1925
Krs.-Gr. Celle

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

